

Gaskraftwerke in der Lausitz: Leag-Mitarbeiter kämpfen um Zukunft!

Leag-Mitarbeiter demonstrieren am 13.05.2025 in Schwarze Pumpe für Gaskraftwerke und gegen Ungleichheit zwischen Ost und West.



Schwarze Pumpe, Deutschland - Am 13. Mai 2025 demonstrierten Toralf Smith, Betriebsratsvorsitzender bei Leag, und etwa 100 Kollegen am Braunkohlekraftwerk Schwarze Pumpe. Ziel der Aktion war es, ein Zeichen gegen die Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland zu setzen. Hintergrund der Demo ist der Ausstieg aus der Kohleverstromung und der Übergang zu erneuerbaren Energien. Dabei sind Gaskraftwerke als Backup für Wind- und Solarenergie vorgesehen. Die alte Bundesregierung hatte ein Kraftwerkssicherheitsgesetz initiiert, das jedoch aufgrund des vorzeitigen Endes der Ampelkoalition nicht weiter verfolgt wurde.

Die geplanten 12,5 Gigawatt Gaskraftwerkskapazität sollen größtenteils im „netztechnischen Süden“ Deutschlands entstehen. Besonders in der Lausitz und im Mitteldeutschen Braunkohlerevier herrscht Unverständnis über diese Pläne. Smith und seine Kollegen forderten durch ein Banner mit der Aufschrift „Transformationsbonus statt Südbonus“ und formten die Buchstaben „GAS-KW“. Azubi Paul Hugo Bullmann äußerte zusätzlich seine Unsicherheit über die Zukunft an den Standorten.

Geplante Gaskraftwerke und Politische Rahmenbedingungen

Aktuell wird über den Bau von Gaskraftwerken in Brandenburg und Sachsen diskutiert, insbesondere an Standorten wie Lippendorf, Schwarze Pumpe, Jänschwalde und Boxberg. Die neue Bundeswirtschaftsministerin Katherina Reiche plant, bis 2030 insgesamt 20 Gigawatt Gaskraftwerksleistung auszuschreiben. Jedoch ist unklar, wo genau die neuen Anlagen errichtet werden sollen, da der Koalitionsvertrag vage Formulierungen enthält.

Interessanterweise plant Leag, wasserstofffähige Gaskraftwerke in Schwarze Pumpe und Lippendorf zu installieren. Für Schwarze Pumpe sind zwei Gaskraftwerksblöcke mit je 800 Megawatt vorgesehen. Derzeit arbeiten an beiden Standorten etwa 300 Mitarbeiter, wobei die zukünftigen Gaskraftwerksblöcke weniger Personal benötigen werden. Leag-Personalvorstand Jörg Waniek fordert von der Politik mehr Tempo und klare Rahmenbedingungen.

Auswirkungen des Koalitionsvertrags auf die Energiepolitik

Der Koalitionsvertrag setzt die bestehende Energiepolitik fort, jedoch mit Anpassungen in Detailfragen. Ziel ist ein systemischer Ausbau von erneuerbaren Energien, Netzen und

Speichern, um die Versorgungssicherheit und bezahlbare Strompreise zu gewährleisten. Es fehlen jedoch klare Konzepte für Netzstabilität, Speicherlösungen und Versorgungssicherheit, insbesondere bei Dunkelflauten. Deutschland bleibt somit auch weiterhin Energieimportland und verfolgt den Kohleausstieg bis spätestens 2038.

Wesentliche Entlastungen sind im Koalitionsvertrag vorgesehen, wie der Wegfall der Gasspeicherumlage und die Halbierung der Netzentgelte. Zudem wird die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß gesenkt. Ein wichtiger Punkt ist der geplante Investitionsfonds für die Energieinfrastruktur, der durch öffentliche Garantien und privates Kapital finanziert werden soll. Eine zentrale Maßnahme darin ist der Zubau von Backup-Gaskraftwerkskapazitäten in Höhe von 20 Gigawatt bis 2030.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die aktuellen Diskussionen und Planungen um Gaskraftwerke in der Lausitz nicht nur die lokalen Arbeitsplätze betreffen, sondern auch Teil eines größeren politischen und wirtschaftlichen Wandels in Deutschland sind. Die kommenden Jahre werden entscheidend dafür sein, wie der Umbau des Energiesystems gelingt und welche Rahmenbedingungen dafür geschaffen werden.

Für weitere Informationen über die Entwicklungen in der Energiepolitik lesen Sie **Sächsische** und **KPMG**.

Details	
Vorfall	Demonstration
Ursache	Ungleichheit zwischen Ost- und Westdeutschland, Ausstieg aus der Kohleverstromung
Ort	Schwarze Pumpe, Deutschland
Quellen	• www.saechische.de • klardenker.kpmg.de

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de